

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1993)
Heft: 21: Crisi Krise crise : Vorschläge der Gewerkschaften

Artikel: Druckindustrie : 10% Arbeitszeitverkürzung statt 10% Arbeitslose!
Autor: Kreuzer, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

10% ARBEITSZEITVERKÜRZUNG STATT 10% ARBEITSLOSE!

1992 wurden in der grafischen Industrie 7000 Arbeitsplätze abgebaut (rund 10%); im Mai 1993 zählte die Branche 4200 Arbeitslose (Quote von 6,6%) – 2500 davon aus den Berufen der technischen Herstellung von Drucksachen, was in diesem Bereich allein eine Arbeitslosenquote von etwa 8% ergibt. Vor diesem Hintergrund hat die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) im Juni für die 1994 beginnenden Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen beschlossen, dass eine radikale Arbeitszeitverkürzung zur

VON ROLAND KREUZER

Umverteilung der Arbeit auf mehr Menschen im Zentrum stehen muss. Arbeitszeitverkürzung in allen Formen ist angesagt: *Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden, 1 Woche mehr Ferien* (heutiger GAV: 5 Wochen für alle, 6 Wochen ab 50. Altersjahr) und *Freischichten* bei der sich ausbreitenden *Schicht- und Nachtarbeit, wahlweiser Bezug der Zuschläge in Freizeit* statt Geld (100% für Nacht und Sonntag, 40–50% für Schicht bis 24 Uhr), Regelungen für *vorzeitige ganze oder teilweise Pensionierung, ein Recht auf Teilzeitarbeit* und längere Unterbrüche der Arbeit mit Garantie zur Rückkehr an den vollen Arbeitsplatz. Verstärkte *Weiterbildungsanstrengungen* und einen *Krisenartikel*, der Kündigungsfristen, Abgangsentschädigungen, Umschulung, Sozialpläne usw. bei Rationalisierungen, Betriebsschliessungen und sonstigem Personalabbau klarer regeln muss, ergänzen die Krisenbekämpfungsstrategie der GDP für die bevorstehenden Vertragsverhandlungen.

Allgemeinverbindlichkeit des GAV?

Zudem wurde beschlossen, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des nächsten GAV zu prüfen. Damit kön-

nen die Unternehmer auf ihre Glaubwürdigkeit hin geprüft werden, gehört es doch zu deren Standardausrede, dass Forderungen nicht erfüllt werden können, weil sonst die Flucht aus dem Unternehmerverband und dem GAV einsetze. Eine wirksame, wenn auch defensive Massnahme gegen diese Flüchtlinge wäre tatsächlich die Allgemeinverbindlichkeit des GAV, auch wenn eine solche Forderung nicht zu den Traditionen der GDP gehört. Noch stehen diese Forderungen nicht konkret, aber die Stossrichtung ist bestimmt, und bewusst ist, dass Arbeitsplätze nicht mit Arbeitszeitverlängerung oder Lohnreduktionen gesichert werden. Im Dezember wird eine ausserordentliche Delegiertenversammlung der GDP die Forderungsliste erstellen, die zudem noch mit den Lithografen und der christlichen SGG, die ebenfalls Vertragspartner sind, abgestimmt werden muss.

Auch die Unternehmer planen: Weniger Personal mit tieferen Löhnen!

Während die GDP der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagen will, plant der Schweizerische Verband Grafischer Unternehmen (SVGU) die Steigerung der Arbeitslosenzahlen: Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit zwischen 35 und 45 Stunden mit Ausgleich auf Jahresbasis würden sicher weitere 10% der Stellen zum Abschluss freigegeben, und gleichzeitig – quasi als geplanter «Nebeneffekt» – entfielen die Überstundenzuschläge. Die Streichung der Minimallohne, die Abschaffung des automatischen Teuerungsenausgleichs und die Kürzung der Zuschläge für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit ergänzen die «Entrümpelung des heutigen GAV», wie Rolf Balsiger, Ringier- und SVGU-Boss, diese Kahlschlagstrategie nennt. Aber keine Angst, persönlich ist er der Meinung, «das es für Unternehmer und Mitarbeiter vorteilhaft ist, einen GAV abzuschliessen. Denn ein GAV ist Ausdruck funktionierender Sozial-

partnerschaft und sichert den Arbeitsfrieden auch in schwierigen Zeiten.» Nur können Menschen mit aufrechtem Gang nie einen GAV à la SVGU unterschreiben! Der Konflikt scheint also vorprogrammiert zu sein.

Arbeitszeitverkürzung mit Lohnreduktion?

Priorität muss auf jeden Fall die Senkung der Arbeitszeit haben, denn anders wird die Arbeitslosigkeit nicht wegzubringen sein. Angesichts der zu erwartenden Mobilisierungsschwierigkeiten müssen meiner Ansicht nach, was den Lohnausgleich betrifft, auch Kompromisse eingegangen werden: Betriebe, die nachweislich mehr Leute beschäftigen, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, dürfen die Hälfte der Reduktion auf die Löhne abwälzen (Lohnreduktion von 6,25% beim Übergang von 40 auf 35 Stunden), wobei Löhne unter 4500 Franken unantastbar bleiben müssen. Bringen wir die Arbeitslosigkeit auf diese Weise hinunter, sind auch Lohnerhöhungen kein «Tabu» mehr!

Aufgrund der Reaktionen unserer KollegInnen in Fällen, in denen wir mit diesem Modell Entlassungen verhindern wollten, stimmen mich optimistisch. Dieser Solidaritätsgedanke mit den gegenwärtigen und den zukünftigen Arbeitslosen fällt in unseren Reihen auf guten Boden. Stur stellen sich allerdings die Unternehmer: Ihnen ist ein grosses Arbeitslosenheer, das auf die Löhne drückt, viel lieber. Die sozialen Folgen können ja abgewälzt werden!

Da auch die JournalistInnen noch keinen neuen GAV haben (im Juli haben sie die Verhandlungen abgebrochen), wächst die Möglichkeit für einen aktiven, aktionsbetonten Schulterschluss zu einer für JournalistInnen und technisches Personal erfolgreichen Strategie. So würden am Ende starrköpfige Zeitungs- und Druckunternehmer noch zu Geburtshelfern einer Mediengewerkschaft! ■